

Ueber einige Fragen der Ernährung

Von Otto Grotewohl Ministerpräsident der DDR

Die Feinde der Deutschen Demokratischen Republik haben in den letzten Wochen ein großes Geschrei über die Ernährungslage in der Deutschen Demokratischen Republik erhoben. Die Presse und die Sender der amerikanischen und der westdeutschen Kriegsbrandstifter schwätzen vom "Zusammenbruch der Ernährung", von einer "Katastrophe der Versorgung" und versuchen, den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik dafür verantwortlich zu machen. Warum hetzen diese Tempelwächter des Kapitalismus täglich unentwegt gegen die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik?

Nun, sie wissen, daß jeder erfolgreiche Schritt zum Sozialismus das kapitalistische Ausbeutungssystem in Erschütterung versetzt und allen werktätigen und fortschrittlichen Menschen den Weg in eine bessere Zukunft, ohne kapitalistische Herrschaft, zeigt. Die Kapitalisten Westdeutschlands kämpfen für die Erhaltung ihrer Vorherrschaft, darum verleumden sie uns.

Was will also der Gegner?

Will er uns helfen, irgendeine Schwierigkeit zu beheben? Ist ihm daran gelegen, daß unsere Werktätigen mehr Butter, mehr Fleisch und mehr Fett erhalten? Natürlich nicht! Das Gegenteil ist der Fall. Er reibt sich die Hände, und wenn es nach ihm ginge, so gäbe es bei uns kein Stück Brot, kein Stück Fleisch und kein Gramm Fett und keinen Schornstein mehr, der raucht.

Der Feind, der dabei ist, durch Kniffe, Winkelzüge und Betrug des Volkes die schnelle Ratifizierung des Generalkriegspaktes im Bonner Bundestag durchzupeitschen, um Westdeutschland in ein Militärprotectorat zu verwandeln und den Krieg vorzubereiten, freut sich über jede augenblickliche Schwierigkeit bei uns. Aber da es bei uns nicht nach den Wünschen der haßerfüllten Feinde der deutschen Werktätigen und der Deutschen Demokratischen Republik geht und auch niemals gehen wird, so versuchen sie, durch ihre Hetze zumindest Unruhe in die Bevölkerung hineinzutragen und einen Keil zwischen Regierung, Verwaltung und Volk zu treiben. Das aber kann und wird diesen Verleumdern niemals gelingen, denn die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist eine Regierung des Volkes.

Regierung und Volk haben bei uns ein und dasselbe Interesse. Es gibt kein Verschweigen, kein Vertuschen und keine großmäuligen Versprechungen. Bei uns weiß jeder, daß Erfolge und Mißerfolge von unserer eigenen Arbeit abhängen. Kritik und Selbstkritik schaffen bei uns eine Atmosphäre der Offenheit, der Zuverlässigkeit und der Wahrheit. Auf diesem unerschütterlichen Fundament können wir immer vollkommen offen mit unserem Volk sprechen.

Die Bevölkerung will eine klare Antwort

Wie steht es mit der Versorgung mit Butter, Fetten, Kartoffeln, Gemüse und Fleisch? Darüber diskutiert man, weil durch Ungleichmäßigkeiten in der Verteilung, Witterungseinflüsse, Sabo-

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

tage der Verwaltung usw. Mängel entstanden sind, die es schnell zu beseitigen gilt. Antwort soll hier gegeben werden.

Zunächst sei festgestellt, daß sich die materielle Lage unserer Bevölkerung dank der ständigen Erhöhung der Produktion, dank der steigenden Initiative unserer Werktätigen immer mehr verbessert hat. Das beweist nicht nur die Statistik. Das wird jedem Werktätigen durch seine eigenen Erfahrungen bewiesen.

Allein im staatlichen Handel (H0) wurden in den neun Monaten des Jahres 1952 gegenüber der entsprechenden Periode des Jahres 1951 das Dreifache an Fleisch und Fleischerzeugnissen, 72 Prozent mehr Fisch und Fischwaren, 51 Prozent mehr Butter, das Zweieinhalbfache an Margarine und Zucker verkauft.

Der durchschnittliche Verbrauch an Grundnahrungsmitteln in der Deutschen Demokratischen Republik beträgt im Jahre 1952 je Kopf der Bevölkerung:

37,6 kg Fleisch gegenüber 34,1 kg im Jahre 1951,

8,5 kg Fisch gegenüber 6,5 kg im Jahre 1951

89 Stck. Eier gegenüber 73 Stck. im Jahre 1951

25,1 kg Fette gegenüber 22,1 kg im Jahre 1951

29,3 kg Zucker gegenüber 22,7 kg im Jahre 1951.

Der durchschnittliche Verbrauch eines Bürgers der Deutschen Demokratischen Republik an Fisch, Fetten und Zucker ist in der Deutschen Demokratischen Republik höher als in Westdeutschland, während Fleisch ungefähr auf demselben Niveau steht.

Das alles haben wir erreicht dank der aufopferungsvollen und angestregten Arbeit unserer Werktätigen in Stadt und Land, dank der Ausweitung der Handelsbeziehungen mit den uns befreundeten Ländern, insbesondere mit der Sowjetunion.

Es wird keinen ehrlichen Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik geben, der leugnet, daß sich die Lebensmittelversorgung auch im letzten Jahr weiter verbessert hat.

Warum gibt es aber trotz dieser erfolgreichen und günstigen Gesamtentwicklung zeitweilige Schwierigkeiten und Stockungen auf einigen Gebieten der Ernährung?

Nehmen wir die Frage der Butterversorgung

Jeder Mensch weiß, daß unsere eigene Butterproduktion keineswegs - und auch früher noch niemals - ausreichte, um auch nur annähernd unseren eigenen Butterbedarf zu decken. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist daher unablässig bemüht, die eigene Butterproduktion zu steigern. Damit hat sich die Regierung aber keineswegs begnügt, sie hat vielmehr in ihren Handelsverträgen umfangreiche Lieferungen von Butter für den Ablauf des ganzen Jahres bei ihren Partnern abgeschlossen.

Um die Butterversorgung auch in den letzten Monaten des Jahres auf der Höhe der vorangegangenen Monate zu halten, hat die Regierung rechtzeitig mit kapitalistischen Ländern Abschlüsse über die Einfuhr von Butter getätigt, deren Realisierung zeitlich so gelegt war, daß sie unseren Bedarf an Butter für die beiden letzten Monate des Jahres sichern sollte. Trotz allen Drängens von seiten unseres Ministeriums für Außenhandel haben aber die kapitalistischen Länder, mit denen wir diese Verträge abgeschlossen hatten, uns zum größten Teil nun endgültig mitgeteilt, daß sie die Verträge stornieren, das heißt nicht erfüllen werden. Als Grund geben sie an, daß auf dem kapitalistischen Markt infolge der Dürre des letzten Sommers eine solche Butterknappheit eingetreten ist, daß sie die mit uns eingegangenen Verträge nicht einhalten können. Auch die westdeutsche Presse klagt darüber, daß der kapitalistische Buttergroßhandel große Schwierigkeiten, macht, seine Verträge über

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

Buttereinfuhren nach Westdeutschland zu erfüllen. So schreibt z. B. der Westberliner "Telegraf" vom 5. Dezember 1952:

"Das Butterangebot könne zur Zeit weder in Deutschland noch im Ausland die Nachfrage befriedigen."

In der westdeutschen Presse kann man lesen, daß die gesamte Butterreserve in Westdeutschland nur noch 3500 Tonnen betrage und Butter aus den Einzelhandelsgeschäften Westdeutschlands in kürzester Frist völlig verschwinden werde.

So ist die Situation und jeder kann sich vorstellen, daß die kapitalistischen Länder, die sich selbst nicht mehr ausreichend mit Butter versorgen können, am ehesten bereit sind, ihre mit der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossenen Verträge einfach rückgängig zu machen. Um die daraus entstandenen zeitweiligen Schwierigkeiten zu überwinden, hat die Regierung angeordnet, daß in den HO-Läden zur Zeit vorübergehend keine Butter mehr verkauft wird. Alle verfügbare Butter wird demnächst nur auf Marken abgegeben und zwar dekadewise. Zu diesem Zweck hat die Regierung bereits am 3. November 5000 Tonnen Butter aus der Staatsreserve bereitgestellt. Die dekadewise Abgabe der Butter ist notwendig, um die vorhandenen Butternorräte möglichst gerecht zu verteilen. Gleichzeitig hat aber die Regierung 15 Minister und Staatssekretäre an der Spitze von Brigaden in die Bezirke der Republik gesandt, um unsere Bauern zu erhöhter Milchablieferung für eine erweiterte laufende Butterproduktion zu veranlassen und die Erfassung und den Aufkauf von Fleisch schneller zu erhöhen, damit ein Ausgleich für die fehlende Butter durch Schlachtfette und Fleisch geschaffen werden kann. Mit Befriedigung können wir feststellen, dass diese Aktion der Regierung bereits in den ersten Tagen auf Verständnis bei den Bauern und der Bevölkerung gestoßen ist.

Wie steht es mit der Margarine?

In den ersten 9 Monaten des Jahres 1952 hat die Bevölkerung allein durch den staatlichen Handel (H0) das Zweieinhalbfache an Margarine mehr als im Jahre 1951 erhalten. Das war eine Fehlleitung, die zu einer Verknappung der Versorgung der Bevölkerung Ende des Jahres führen mußte. Das Präsidium des Ministerrats hat eine Prüfung des Ministeriums für Handel und Versorgung und des Staatssekretariats für Nahrungs- und Genußmittelindustrie durch die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle veranlaßt und den Minister Dr. Hamann und Staatssekretär Albrecht mit sofortiger Wirkung von ihren Dienstgeschäften dispensiert. Der Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für den Binnenhandel, Staatssekretär Strampfer, wurde mit entsprechenden Vollmachten als Sonderbeauftragter für die Fettversorgung eingesetzt.

Durch die bewußte Sabotage des nach dem Westen geflüchteten Abteilungsleiters Handke im Ministerium für Handel und Versorgung gingen nicht nur größere Margarinemengen zugrunde, sondern wurde auch die planmäßige Jahresversorgung der Bevölkerung mit Margarine desorganisiert. Dieser Agent brüstet sich heute in den feindlichen westlichen Hetzsendern über das Resultat seiner Schädlingarbeit.

Dadurch entstand eine Situation, daß die Rohstoffe für Margarine, die für zwölf Monate reichen sollten, in kürzester Zeit ausgegeben und verbraucht wurden. Hinzu kam die Schädlingarbeit der Westberliner Spekulanten und der Hamsterer, die Unmengen von Margarine aufkauften, sowie die schlechte und bürokratische Arbeit des Ministeriums für Handel und Versorgung.

Alles das bewirkte die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Margarineversorgung.

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

Um diese zeitweiligen Schwierigkeiten zu überwinden, hat die Regierung angeordnet, daß die Kapazität jeder Margarinefabrik restlos auszunützen ist. Am 3. November wurde eine Erweiterung der Margarineproduktion um 4200 Tonnen und am 6. Dezember um weitere 1100 Tonnen angeordnet und die dazu nötigen Rohstoffe aus der Staatsreserve zur Verfügung gestellt.

Die Regierung hat ferner dafür gesorgt, daß die Werktätigen in den Schwerpunkten für den sozialistischen Aufbau besonders mit Margarine beliefert werden. Der zusätzliche Verkauf in den HO-Läden an Margarine ist gesichert. Auch ist angeordnet, daß der Margarineverkauf in den HO-Läden so geregelt wird, daß kein Hamsterer sich auf Kosten der Allgemeinheit Vorteile verschaffen kann.

Trotz all dieser Maßnahmen wird es naturgemäß noch einige Wochen dauern, bis alle Schwierigkeiten in der zusätzlichen Belieferung an Margarine restlos behoben sind und die angeordnete restlose Ausnutzung der Margarineproduktion für alle fühlbar wird.

Was ist mit dem Zucker los?

Die Klagen über die Versorgung mit Zucker kommen im wesentlichen einerseits daher, da Zucker heute eine der beliebtesten Schieber- und Spekulationswaren ist und daß andererseits Zucker wegen seines hohen Nährwertes ein beliebtes Ausweichmittel gegen Fett ist. Ein Zuckermangel ist bei uns nicht vorhanden. Der Zuckerverbrauch in der Deutschen Demokratischen Republik betrug

1951 = 22,7 kg je Kopf der Bevölkerung,

1952 = 29,3 kg je Kopf der Bevölkerung.

Im Jahre 1931 betrug im ganzen alten Reichsgebiet der Verbrauch je Kopf der Bevölkerung nur 23,08 kg.

Die Zuckerversorgung für unsere Bevölkerung ist völlig gesichert. Zucker und Süßigkeiten wird es zu Weihnachten geben. Es besteht keinerlei Grund zur Beunruhigung, besonders nachdem die Regierung am 3. November nochmals 80 000 Tonnen aus der Staatsreserve für den Verbrauch zur Verfügung gestellt hat. Allerdings muß dafür gesorgt werden - und dabei muß die ganze Bevölkerung helfen -, Hamsterern und Spekulanten energisch das Handwerk zu legen, so daß nicht einer alles und der andere nur wenig oder nichts bekommt.

Das gilt besonders für den demokratischen Sektor Berlins, wo die Regierung trotz allen Geschreis kräftig zugefaßt hat. Die Regierung hat als erste Maßnahme dafür gesorgt, daß der Ankauf von Zucker im demokratischen Sektor Berlins durch die Westberliner Spekulanten unterbunden wird. Im demokratischen Sektor von Berlin wurde z. B. je Kopf der Bevölkerung vierzehnmal soviel Zucker verkauft wie z. B. in Leipzig. Diese Tatsache allein zeigt, daß es Zeit wurde, dem schädlichen Treiben ein Ende zu bereiten.

Wie steht es mit Kartoffeln?

Tatsache ist, daß auch die Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln völlig gesichert ist und daß jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik so viel Kartoffeln verspeisen kann, wie er wünscht. Natürlich zeigten sich bei anhaltendem Regen während der Ernte Schwierigkeiten. Natürlich steigerten sich die Schwierigkeiten bei plötzlich hinzukommendem Frost. Es wird uns aber jeder vernünftige Mensch glauben, daß wir weder den Regen noch den Frost herbeigewünscht haben. Unsere Feinde aber erhoben ein Triumphgeschrei über den plötzlichen Einbruch der Kälte, als wäre dieser Kälteeinbruch etwa auf Beschluß der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik oder des Politbüros der SED geschehen. Die westliche Hetzpresse und die feindlichen Sender gaben ihrer "frohen

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

Erwartung" Ausdruck, daß alle unsere Kartoffeln erfroren sind und die Bevölkerung ohne Kartoffeln dasteht.

Wir müssen alle diese Hetzer und Verleumder enttäuschen. Ihre schmutzigen Erwartungen erfüllen sich aus zwei Tatsachen nicht. Erstens haben Tausende und aber Tausende tapfere Industriearbeiter in der Stunde der Gefahr solidarisch unseren Bauern bei der Einbringung der Kartoffel- und Hackfruchternte geholfen und das lebendige Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern unter Beweis gestellt, und zweitens ist trotz der ungünstigen Wetterlage die Kartoffelernte in der Deutschen Demokratischen Republik nach den übereinstimmenden Berichten aller Experten im Durchschnitt ebenso groß wie im letzten Jahr.

Wie steht es mit dem Gemüse?

Es ist wahr, bei der Versorgung mit Gemüse steht es in diesem Jahre, wie in vielen anderen Ländern, auch bei uns nicht gut. Wie jeder weiß, war das Wetter für den Gemüseanbau sehr ungünstig. Als es wärmer werden sollte, wurde es kalt. Als es trocken sein sollte, war es zu naß. Auch hier kam der Kälteeinbruch zu früh. Das hat dem Gemüseanbau sehr geschadet. Dazu kam aber noch die bedauerliche Tatsache, daß der Anbauplan für Gemüse durch mangelhafte Kontrolle des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft nicht eingehalten wurde. Zum Beispiel sollten in Aschersleben, Kreis Bernburg, 58,9 ha mit Dauerzwiebeln angebaut werden. Aber angebaut wurden nur 28,47 ha. Um die Versorgung mit Gemüse bis zum Frühjahr zu sichern, hat die Regierung Maßnahmen für eine geordnete Gemüseverteilung getroffen und wird durch strenge Kontrolle dafür sorgen, daß die Streuung mit Gemüse ordnungsgemäß durchgeführt wird. Trotzdem wird es bei Gemüse zeitweilige Schwierigkeiten geben. Die Regierung wird dafür sorgen, daß der Gemüseanbauplan für das Jahr 1953 erweitert und streng durchgeführt wird.

Und was ist mit Fleisch?

Der Verkauf von Fleisch und Wurstwaren in den HO-Läden findet uneingeschränkt statt, und jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik wird zu Weihnachten seinen Weihnachtsbraten nach Belieben kaufen können. Die Regierung hat durch die Entsendung der Brigaden unter Leitung von Ministern und Staatssekretären zusätzliche Maßnahmen getroffen, um die Rückstände in der Fleischerfassung unbedingt und schnellstens aufzuholen, und sie appelliert an alle Bauern, das Fleischablieferungssoll genau zu erfüllen. Im November stellte die Regierung 3000 Tonnen Fleisch und im Dezember 1500 Tonnen Schlachtfette aus der Staatsreserve zur Verfügung.

Der Weg nach vorwärts

Das ist der Sachverhalt. Es gibt keine Berechtigung für die westliche Hetze. Alle aufgetretenen zeitweiligen Schwierigkeiten können und werden wir überwinden, denn die Bevölkerung und die Regierung arbeiten bereits durch offene Kritik an allen sichtbar auftretenden Mängeln zusammen. Die Regierung ihrerseits wird alle Fehler und Mängel, die sich in den letzten Monaten herausgestellt haben, rücksichtslos beseitigen und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen.

Seit dem Bestehen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1949 hat die industrielle und landwirtschaftliche Produktion den Vorkriegsstand überholt, sind die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten und der technischen Intelligenz erhöht und die Preise viele Male gesenkt worden.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.</i>
--	-------------------------	--

Der Lebensstandard der Werktätigen in Stadt und Land ist bedeutend gestiegen und wird auch weiterhin steigen, dafür sorgt das gesellschaftliche Bewußtsein und die Initiative unserer Arbeiter, unserer werktätigen Bauern und unserer Intelligenz.

Der Feind begleitet jeden Tag unseres großen Aufbauwerkes, jeden unserer Erfolge, jede Verbesserung der Lebenslage unserer Bevölkerung mit wütendem Gekläff, mit Verdrehungen und Verleumdungen und mit Sabotageversuchen aller Art. Es macht ihn blind vor Wut, daß den Werktätigen Westdeutschlands und Westberlins bewiesen wird, was deutsche Werktätige, Arbeiter, Bauern und Intelligenz zu leisten imstande sind, wenn sie selbst an der Macht sind, ihre Staatsmacht organisiert haben und planmäßig am Aufbau des Sozialismus arbeiten. Die Bonner Herren und ihre amerikanischen Hintermänner, deren Kriegspolitik die Lage der Werktätigen Westdeutschlands immer weiter verschlechtert, fürchten unser Vorbild. Kein Wunder also, daß sie über alle unsere Erfolge herfallen und sie nicht wahrhaben wollen, daß sie jede Schwierigkeit bei uns benutzen, um den hoffnungslosen Versuch zu machen, die Werktätigen vor den Aufbau des Sozialismus zurückzuschrecken. Sie wollen ihnen einreden, daß es ohne amerikanische und westdeutsche Millionäre, ohne Junker, Konzernherren und Kriegshetzer "nicht gehen kann".

Nun, es ging bisher bei uns recht gut ohne sie, und es wird auch weiterhin recht gut gehen. Die Löhne und Gehälter weiterer Schichten von Arbeitern und Angestellten sowie die Gehälter der Lehrer werden im nächsten Jahr erhöht werden. Der Plan für das Jahr 1953 sieht einen weiteren Aufschwung unserer Industrie und Landwirtschaft und eine weitere Vergrößerung des Warenverkehrs vor.

Das ist der wahre Sachverhalt, darum wird die niederträchtige Hetze des Feindes scheitern. Das Volk in der Deutschen Demokratischen Republik aber wird seinen Weg zur Schaffung der Grundlagen für den planmäßigen Aufbau des Sozialismus unbeirrt vorwärts gehen.

[Quelle: Neues Deutschland, Nr. 289, 9.12.1952, S.3]

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
--	-------------------------	---